polizeiliche Befugnisse ausüben dürfen, wie irgend ein Hinz oder Kunz. Trotzdem spazierten auch am Sonntag wieder Militärpatrouillen in Zabern herum und es wurden vom Militär vereinzelte Verhaftungen vorgenommen. Wenn es nicht zu erneuten Zwischenfällen gekommen ist, so ist das sicher nicht das Verdienst des Militärs. Gegenüber allen Versuchen der Zivilbehörden, dem ungesetzlichen militärischen Polizeiregiment ein Ende zu bereiten, verhielt sich der Herr Oberst v. Reutter schroff ablehnend. Zwar hat der Kreisdirektor eine größere Anzahl von Gendarmen nach Zabern kommen lassen, so daß die zivilpolizeiliche Schutzgarde von Zabern 14 Mann stark war, aber der Herr Oberst ist offenbar der Ansicht, daß diese 14 Mann nicht zum Schutz der armen verfolgten Leutnants beim Schokolade- und Zigarreneinkaufen ausreichen. Ebenso wie der Kreisdirektor hat auch der Staatsanwalt vom Herrn Oberst einen Korb bekommen. Wie ein Telegramm berichtet, hatte sich der Zaberner Staatsanwalt dem Herrn Oberst für das Verhör der Verhafteten zur Verfügung gestellt, aber der Herr v. Reutter wies ihn ab. Ein königlich preußischer Oberst braucht keinen Staatsanwalt, der macht alles selbst. Er ist Bürgermeister, Kreisdirektor, Staatsanwalt in einer Person. Es ist nur schade, daß er nicht auch gleichzeitig den Richter spielen kann. Wie schön wäre es doch, wenn der Herr Oberst die Zaberner Aufrührer, die es wagen, über einen preußischen Leutnant zu lachen, ins Zuchthaus schicken könnte, dann wäre der Revolution von Zabern sehr schnell ein Ende gemacht. Die Seele der ganzen Sache scheint übrigens der Herr v. Deimling zu sein. Der Herr Oberst v. Reutter beruft sich gegenüber den Zivilbehörden auf seine Instruktionen. Er wird also in seinem gesetzwidrigen Vorgehen zum mindesten von seinem kommandierenden General bestärkt oder er hat sogar überhaupt völlig in dessen Auftrag gehandelt. Es hat also hier nicht nur ein verhältnismäßig untergeordneter Offizier gegen die Gesetze verstoßen, sondern die ganze gesetzwidrige Aktion des Militärs ist offenbar von einem der höchsten militärischen Würdenträger gebilligt worden, die es im deutschen Heere überhaupt gibt. Zwar ist auch der Herr v. Deimling in ausreichender Weise von den Zivilbehörden darauf hingewiesen worden, daß das Vorgehen des Militärs in Zabern unangebracht sei. Man hat Grund zu der Annahme, daß er von dem höchsten Zivilbeamten Elsaß-Lothringens, dem Statthalter Grafen v. Wedel, ersucht worden ist, dem militärischen Treiben in Zabern ein Ende zu bereiten. Darauf lassen sowohl die bereits gemeldeten Kundgebungen der elsaß-lothringischen Regierung schließen, wie auch die Tatsache, daß der Statthalter bei einer Unterredung mit einem Korrespondenten der Nationalzeitung von Meinungsdifferenzen zwischen ihm und Herrn von Deimling sprach. Aber was schert sich so ein alter Krieger und Hererobesieger um Statthalter und Staatssekretäre? Er als kommandierender General wird sich doch von irgendwelchem Civilistenpack keine Vorschriften machen lassen, wenn es sich dabei auch um noch so hohe Beamte handelt.

Was wird nun werden? Der Reichskanzler hat zwar am Montag im Reichstag erklärt, daß die Autorität der Gesetze geschützt werden müsse (siehe Reichstagsbericht in der heutigen Nummer). Und man wird ja wohl auch nicht darum herumkommen, einige der schneidigen Herren Offiziere aus Elsaß-Lothringen zu entfernen. Wie bereits gemeldet, wird behauptet, daß Oberst Reutter verabschiedet und Herr v. Deimling versetzt werden soll, aber ob die mit Recht erregte elsaß-lothringische Bevölkerung die notwendige Genugtuung bekommen wird, ist mehr als zweifelhaft. Wird doch gleichzeitig gemeldet, daß auch die elsaß-lothringische Regierung, die sich gegen das militärische Vorgehen gewandt hat, werde zurücktreten müssen. Dafür sollen die Elsaß-Lothringer einen General als Statthalter bekommen. In Donaueschingen ist bei Wilhelm II. über die Angelegenheit beraten worden. Anwesend waren der Kriegsminister, der Chef des Militärkabinetts, der als künftiger Statthalter von Elsaß-Lothringen genannte General v. Hoiningen, aber kein Vertreter der elsaß-lothringischen Regierung. Man kann sich denken, daß dabei kaum eine Entscheidung herausgekommen ist, mit der die Freunde und Verteidiger der militärischen Gewaltherrschaft allzu unzufrieden zu sein brauchen. In Preußen-Deutschland ist eben der Militarismus Trumpf. Auch die tollsten Streiche der Herren vom Militär vermögen nicht den militaristischen Einfluß zu mindern. In Elsaß-Lothringen wird man natürlich die herrschende Mißstimmung durch eine derartige Erledigung der Angelegenheit nicht beseitigen. Die Liebe der Elsaß-Lothringer zum Deutschen Reiche wird sicher nicht größer werden. Wie sollen sich auch Menschen in einem Lande wohlfühlen, in dem sie keinen Augenblick vor der ärgsten militärischen Gewaltherrschaft sicher sind!

* * *

Im einzelnen liegen folgende Meldungen vor:

Neue militärische Uebergriffe.

Zabern, 1. Dezember. Der gestrige Tag verlief im großen und ganzen ruhig. Eine große Menge Fremder bewegte sich ständig durch die Straßen, und nur die ständige Aufforderung, nicht stehen zu bleiben, erinnert an die ungewohnte Situation. Von 4 Uhr an durchzogen wieder starke Militärpatrouillen mit umgehängtem Gewehr die Straßen. Ein Mann aus Ottersweiler, der lediglich fragte, ob ein vorübergehender Offizier der Leutnant v. Forstner sei, wurde von einer Patrouille verhaftet und auf die Wache geführt. Ein Gendarmeriewachtmeister, der den Verhafteten als Vertreter der Zivilpolizei für sich beanspruchte, wurde abgewiesen.

*

Eine Aeußerung des Kreisdirektors.

Berlin, 1. Dezember. Ein Korrespondent des Berliner Tageblatts hatte heute eine Unterredung mit dem Kreisdirektor Mahl, der ihn ermächtigte, zu erklären, daß er im vollen Einverständnis mit dem Statthalter und mit dem Unterstaatssekretär Mandel seine Schutzmaßnahmen zugunsten des Zivils getroffen habe. Natürlich müßten alle Militärpersonen gegen Beleidigung geschützt werden. „Ich habe darum," so fuhr Herr Kreisdirektor Mahl fort, „auch 14 Gendarmen in Zabern zusammengezogen, trotzdem ich es an und für sich nicht für nötig hielt, um auf alle Fälle die Ordnung aufrecht erhalten zu können. Gleichwohl wurden gestern wieder Militärpatrouillen ausgesandt, die auch erneute Verhaftungen vornahmen. Ich ersuchte den Oberst wiederholt dringend, die Polizei mir zu überlassen." Ob die militärischen Maßnahmen in der Kabinettsorder von 1820 eine rechtliche Stütze finden, ist nach der Ansicht des Kreisdirektors strittig. Der Kreisdirektor hat ein weiteres Ersuchen an den Oberst v. Reutter gerichtet, die verhafteten Personen sofort auf der Polizei abzuliefern und nicht in die Kasernen zu bringen. Der Kreisdirektor betonte mit besonderem Nachdruck, daß noch nie die altdeutsche und die einheimische Bevölkerung so einig gewesen seien, wie in der Beurteilung des militärischen Vorgehens.

*

Graf v. Wedel über die Säbeldiktatur.

Die Nationalzeitung läßt sich von ihrem Straßburger Korrespondenten über eine Unterredung mit dem Grafen Wedel, dem Statthalter von Elsaß-Lothringen, berichten, deren Wiedergabe durch den Korrespondenten von dem Grafen Wedel gelesen und Wort für Wort gutgeheißen worden sei.

Die Nachricht von einem bevorstehenden Rücktritt des Grafen v. Wedel werde von diesem nicht etwa desavouiert, sondern nur in ausweichender Form beantwortet. Er könne sich darüber nicht in bestimmter Form äußern, weil seine endgültige Stellungnahme von dem Abschluß der Affäre abhängig sei. Zum mindesten rechnet der Statthalter von Elsaß-Lothringen also mit der Möglichkeit eines Rücktritts!

Des weiteren erklärte der Statthalter, daß verschiedene persönliche Aussprachen zwischen ihm und dem General v. Deimling stattgefunden hätten, und daß dabei gelegentlich wohl Meinungsverschiedenheiten zutage getreten seien, daß aber von einem Konflikte keine Rede sein könne.

*

Der Wunsch nach einer Parlamentskommission.

Zabern, 1. Dezember. Der Zaberner Gemeinderat ist mit der Untersuchung durch die Regierung nicht einverstanden und verlangt die Einsetzung einer Parlamentskommission.

Der Zaberner Gemeinderat hat beschlossen, in corpore zurückzutreten, falls der Stadt für die Ausschreitungen der Militärbehörden nicht volle Genugtuung geleistet wird.

*

Ein Massenprotest gegen die Vorgänge in Zabern

fand Sonntag vormittag auf Veranlassung unserer Partei in Mülhausen i. E. statt. 7000—8000 Personen aller Gesellschaftsklassen hatten sich in der gewaltigen neuen Markthalle versammelt, als von der einen Rednertribüne aus der Reichstagsabgeordnete L. Emmel, von der andern das Bezirkstagsmitglied A. Wicky mit ihrer Kritik des militärischen Systems einsetzten, das in Elsaß-Lothringen durch den Korpskommandeur v. Deimling in Straßburg und den Obersten v. Reutter mit dem Leutnant v. Forstner in Zabern so klassisch vertreten ist. Die Provokationen der einheimischen Zivilbevölkerung und des französischen Nachbarvolkes in Zabern passen ganz in den Rahmen dieses Armeekorps, dessen Chef, der ehemalige Hereromörder v. Deimling, hier im Grenzlande eine Hetzrede nach der andern gegen Frankreich halten darf, ohne daß ihm ob dieses für den Frieden so gefährlichen Treibens auch nur das geringste passiert. In der eingebrachten Resolution, die einstimmig angenommen wurde, erheben die Tausende „vor der zivilisierten Welt Protest dagegen, daß ein Offizier der deutschen Armee bei der Instruktion der Rekruten auf die Niedersäbelung von Elsaß-Lothringern, die er „Wacke" nennt, eine Geldprämie setzen kann, ohne daß er auch nur von der Stätte dieser feudalen Heldentat versetzt wird". Die Versammelten erklären sich sodann solidarisch mit der in offener Verhöhnung von Recht und Gesetz vom Militär tyrannisierten Zivilbevölkerung von Zabern und sprechen am Schlusse der Resolution aus, „daß sie entschlossen sind, sich gegen die militärische Diktatur in Elsaß-Lothringen, wenn ihr nicht alsbald ein Ziel gesetzt wird, mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen, erforderlichenfalls auch unter allgemeiner Anwendung der Arbeitseinstellung." Für die Fortschrittspartei in Mülhausen schlossen sich deren Vorsitzende, Kaufmann Charles Krebs und der Landtagsabgeordnete Eduard Drumm, jedem Worte der sozialdemokratischen Redner wie der Resolution ausdrücklich an. So stellte die Versammlung eine machtvolle Kundgebung der Arbeiterklasse wie des Fortschrittlichen Bürgertums für die Demokratisierung der deutschen Armee und für die Freiheit Elsaß-Lothringens dar.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag benutzte Herr v. Bethmann-Hollweg am Montag die Gelegenheit bei der Frage des Präsidenten, wann er die Zaberner Interpellationen beantworten werde, um seinen Standpunkt zu der Leutnantsdiktatur in der elsässischen Stadt schon vorweg zu nehmen. Natürlich konnte diese Stellungnahme, wenn der Reichskanzler nicht ausschließlich als Generalmajor v. Bethmann-Hollweg weiter leben will, nur dahingehen, die unerhörten Vorfälle zu verurteilen. Das tat der Reichskanzler mit den Worten, daß die Autorität der Gesetze ebenso geschützt werden würde, als die der Ordnung und der öffentlichen Gewalt. Allzubel ist das freilich nicht, denn leider hat man bisher ja wenig Erfahrungen nach der Richtung hin gemacht, daß der bürgerliche Staat energisch darauf halten würde, daß auch der Militarismus nur sein Werkzeug, aber nicht sein Herrscher ist. Das weitere wird man ja sehen! Am Mittwoch wird der Reichstag über Zabern sprechen.

Eine Vorlage über die Verlängerung des Handelsvertrags mit dem britischen Reiche wurde von dem Konservativen Hösch zu einem so ungeschickten Ausfalle im Sinne des Bundes der Landwirte benutzt, daß sogar Herr Delbrück und der Zentrumsagrarier Herold von ihm abrückten. Unsere Genossen Molkenbuhr und Bernstein sowie der Fortschrittler Dr. Pachnicke gaben dem vorwitzigen Agrarier die gebührende Antwort.

Das Gesetz über die Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens gegen Reichsbeamte wurde von den Genossen Landsberg und Dr. Liebknecht ob seiner Knickrigkeit und seines Unzureichens einer scharfen Kritik unterzogen, wobei auch die die Wiederaufnahme bewußt erschwerenden Bestimmungen der Strafprozeßordnung beleuchtet wurden. Wie berechtigt diese Kritik war, zeigt der Umstand, daß auch die Redner des Zentrums und der Liberalen sich ihr anschlossen. Es kann also auf eine wesentliche Verbesserung des Gesetzes in der Kommission gehofft werden.

Zum Schluß kam die Petition eines durch ein Fehlurteil zu Grunde gerichteten Menschen zur Verhandlung, dem auch die spätere Freisprechung nicht geholfen hat. Der vom Genossen Thiele begründete Antrag, die Bitte des Mannes um Erhöhung seiner Entschädigung — die er übrigens auf merkwürdige Weise nicht erhalten hat — dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde angenommen.

Am Dienstag steht außer kurzen Anfragen eine konservative Interpellation auf der Tagesordnung, die das unglaubliche Verlangen enthält, den Wirkungsbeginn der Dienstbotenversicherung über Neujahr hinauszuschieben, dann folgen Wahlprüfungsabstimmungen und hierauf werden die Minister mit Herrn v. Bethmann an der Spitze ihre Etatsreden halten.

Nationalliberale Diskussionen.

Ueber eine nationalliberale Versammlung in Hattingen, die recht interessant verlief, berichtet der Deutsche Kurier. Hauptredner waren die Abgeordneten Heckmann und Wachhorst de Wente und der Generalsekretär der nationalliberalen Partei für Westfalen, Herr Zabel. Die Meinungen dieser Herren scheinen recht erheblich auseinander gegangen zu sein. Während Herr Heckmann gegen die Sozialdemokratie predigte, zog sich Herr Wachhorst de Wente durch einige Aeußerungen gegen den Bund der Landwirte und gegen neue Ausnahmegesetze das Mißfallen des Herrn Generalsekretärs zu. Darüber wird nun berichtet:

„Dann ergriff Generalsekretär Zabel das Wort, der Herrn Wachhorst de Wente zwar viele freundliche Worte widmete, aber der Meinung Ausdruck gab, daß er bei seinen Ausführungen die scharfe Stellungnahme gegen links vermißt habe. Die Politiker in Westfalen seien keine Pastoren und keine Engel, und diese Tatsache habe sie als nationalliberale Männer mit Zentrum, Konservativen und Bund der Landwirte zusammengebracht. Der Ausfall der letzten Landtagswahlen in Westfalen habe die Richtigkeit dieses Vorgehens gezeigt. Generalsekretär Zabel nannte die Politik des Bundes der Landwirte in Westfalen einsichtig und stellte diesem Bunde das Zeugnis aus, daß er in treuer Kameradschaft mit der nationalliberalen Partei gelebt habe. Herr Zabel war ferner der Meinung, daß das Zentrum, ausgerechnet in Westfalen, sehr tolerante Führer besitze.

Auf diese Rede entgegnete der Abgeordnete Wachhorst de Wente in Ausführungen, die bei den Anwesenden eine starke Resonanz auslösten. Er konstatierte, daß der erste Referent, Herr Heckmann, lediglich gegen die Sozialdemokratie gesprochen, und er es für seine Pflicht gehalten habe, auch die andere Seite der Medaille zu zeigen. Der Sozialdemokratie gegenüber nehme er dieselbe scharfe Stellung ein wie Herr Zabel, er bedaure aber außerordentlich, daß der Bund der Landwirte in allen anderen Gegenden Deutschlands nicht so „einsichtig" gewesen sei, wie in Westfalen, und daß auch die Zentrumspartei im übrigen Deutschland scheinbar nicht so tolerante Führer besitze wie dort."

Der Gegensatz der Anschauungen ist leicht erklärlich, denn Herr Heckmann und Herr Zabel sind mitsamt der nationalliberalen Organisation Westfalens vom Eisen- und Kohlenkapitel abhängig, während Herr Wachhorst de Wente als Bauernbundführer eine selbständigere Stellung einnimmt und daher auch die Dinge mit anderen Augen sieht. Im Lande der Beumer und Hirsch gibt es keine andere nationalliberale Politik als die Politik des Scharfmacherkapitals, das sich mit allen vertragen kann, bloß nicht mit den Arbeitern und den Vertretern ihrer Interessen. Aber mit dem „Arbeiterabgeordneten" von Bochum, Herrn Heckmann — ja, mit dem verträgt es sich natürlich ausgezeichnet!

---

lischen Nationalökonomen St. Mill die bürgerliche Nationalökonomie bereits scharfsinnig kritisiert zu haben, als sie erst in Rußland Eingang fand. Gewsse Steklow gibt eine eingehende Darstellung der ökonomischen Theorien Tschernyschewskys und zeigt den Fortschritt, den das Marxsche Wertgesetz gegenüber der Auffassung Tschernyschewskys darstellt.

Es ist wahrscheinlich, daß der russische Denker die Mängel seines Systems selbst überwunden hätte bei ungestörter geistiger Entwicklung. Ihn ereilte jedoch, erst 35 Jahre alt, das Schicksal unzähliger russischer Revolutionäre.

Nach einer wütenden Hetze der reaktionären und liberalen Presse wurde zunächst die Zeitschrift Der Zeitgenosse von der Regierung suspendiert und dann, am 7. Juli 1862, Tschernyschewsky verhaftet. Nach einer langen Untersuchungshaft folgte ein echt russisches Gerichtsverfahren. Durch Fälschung und Zeugenbestechung brachte die Regierung das „Anklagematerial" zusammen, und auf Grund eines gefälschten Briefes und der von der Polizei inspirierten Aussagen eines Belastungszeugen wurde Tschernyschewsky am 2. Dezember 1862 schuldig gesprochen. Auf vierzehn Jahre Zwangsarbeit in Sibirien und dauernde Ansiedlung in diesem Lande sowie Verlust sämtlicher bürgerlichen Rechte lautete das Urteil. Alexander II. „ermäßigte" die Strafe auf sieben Jahre Zwangsarbeit. Am 19. Mai 1863 wurde die Zeremonie des „bürgerlichen Todes" auf öffentlichem Platze an Tschernyschewsky vollzogen. Auf einem Schafott stehend, ein Brett mit der Aufschrift „Staatsverbrecher" umgehängt, hörte der unschuldig Verurteilte den Spruch des Gerichts gelassen an. Dann wurde er an einen Pranger gekettet.

Bis 1871 mußte Tschernyschewsky in Sibirien harte Zwangsarbeit leisten und dann wurde er in einem entlegenen Ort Wiljujsk angesiedelt, wo er, wie Engels am März schreibt: außer den eingeborenen Tungusen nur den ihn bewachenden Unteroffizier mit zwei Soldaten zur Gesellschaft hat. Erst 1883 erhielt er die Erlaubnis, nach Astrachan zu kommen. Die russischen Terroristen hatten unter Bedingung seiner Freilassung versprochen, die Krönung Alexanders III. nicht zu stören. 1889 durfte Tschernyschewsky nach seiner Heimat Saratow zurückkehren, wo er am 17. Oktober desselben Jahres starb.

Die Jahre der sibirischen Verbannung, der völligen geistigen Abschließung, der harten Arbeit und des Kerkerlebens hatten dem unermüdlichen Kämpfer kein Wort der Klage entlockt und seinen Stolz nicht gebrochen. Aber nur ein Schatten des Denkers Tschernyschewsky kehrte in die Heimat zurück.

Während der Untersuchungshaft in der Peter-Pauls-Festung verfaßte Tschernyschewsky noch einen großen utopistischen Roman Was tun? Auch in Sibirien schrieb er mehrere Novellen und drei Romane, wovon er den letzten jedoch verbrennen mußte. Diese Schriften zeigen aber keine Fortentwicklung der Ansichten des Verfassers. Den Zarenschergen war es gelungen, dem „bürgerlichen Tod" des staatsgefährlichen Schriftstellers den „geistigen Tod" folgen zu lassen.

Das System Tschernyschewsky ist heute veraltet. Der Marxismus ist die Theorie der russischen Arbeiterbewegung geworden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Zarenreichs haben sich von Grund auf geändert. Der Kapitalismus hat seinen Einzug gehalten und das russische Proletariat hat 1905 dem Zarismus einen schweren Schlag versetzt. Trotz des Triumphs der Gegenrevolution zeigt sich in der russischen Arbeiterschaft jetzt wieder neues Leben. Wir stehen anscheinend am Vorabend einer neuen revolutionären Epoche in Rußland. Zahllos sind die Opfer der russischen revolutionären Bewegungen der letzten Jahrzehnte. Aber der Vernichtung des glänzenden Geistes Tschernyschewskys wird man stets mit besonderem Abscheu gedenken. Noch heute gelten die Worte, mit denen der in London lebende russische Liberale Alexander Herzen das Urteil gegen Tschernyschewsky brandmarkte:

„Tschernyschewsky ist zu sieben Jahren Zwangsarbeit und lebenslänglicher Verbannung verurteilt. Möge diese maßlose Schandtat wie ein Fluch auf der Regierung, der Gesellschaft, auf der niederträchtigen, bestechlichen Presse ruhen bleiben, welche diese Verfolgung heraufbeschworen hatte. Sie gewöhnte die Regierung an die Metzeleien der Kriegsgefangenen in Polen; sie hat sie in Rußland an die Bestätigung der Urteilssprüche der wilden Ignoranten des Senats und der ergrauten Bösewichter des Staatsrats gewöhnt. Und da kommen elende Menschen, Mollusken, und sagen, man solle ja nicht diese Bande von Räubern und Schuften, die uns regiert, schmähen. Tschernyschewsky wurde von euch eine Viertelstunde an den Pranger gestellt, aber ihr und Rußland werden für viele Jahre daran angekettet bleiben! Fluch euch, Fluch und Rache!"

O. Jenssen.